

András Vári

## Ist alles wirklich so herrlich einfach?

Kommentar zu „Die Reform frißt ihre Kinder“ (ÖZG 1/91)

Es gibt Zeiten, wo ich mir ganz gerne einen Western oder einen Actionfilm ansehe. Sie haben diese herrlich feste Erzählstruktur: Die Guten schwingen sich über die Zäune, brechen durchs Fenster, knallen alles ab, werfen einen entfremdet-desillusionierten Blick auf die Abgeknallten einschließlich der unschuldig hineingeratenen Opfer und ziehen wieder ab. Daß man nach diesem Muster auch eine politologische oder zeitgeschichtliche Studie verfassen könnte, ist mir allerdings noch nie eingefallen.

Freilich ist es durchaus möglich, die unterschiedlichsten Gattungen zu vermischen, dazu bedarf es aber eines hervorragenden Fingerspitzengefühls. Ob dies beim Autorenkollektiv Delapina/Hofbauer/Komlosy/Melinz/Zimmermann in ausreichendem Maße vorhanden ist, wage ich zu bezweifeln.

Es hat geklirrt, es hat gekracht! Wir hier im Einsatzland konnten uns über die Kommandoaktion aber nicht so recht amüsieren.

Zuerst zur Gattungsfrage: Ist dies die

Skizze einer zeitgeschichtlichen Studie? Anscheinend ja! Läßt sich aber eine Nachkriegsgeschichte Ungarns mit den folgenden Worten umreißen:

„Die im Vergleich zu den westeuropäischen Zentren rückständige ungarische Wirtschaft, wie sie für das Ende der Monarchie in jeder Statistik nachgelesen werden kann, verleitete die kommunistischen Eliten nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre politische Macht in den Dienst dieses Projektes nachholender ökonomischer Entwicklung zu stellen. Die auf Staatsnachfrage und Staatsinterventionismus basierende Industrialisierung hatte sich zum Ziel gesetzt, westlich-kapitalistische Wachstumsmuster zu kopieren. Innerhalb der bestehenden internationalen Arbeitsteilung war dieser Versuch allerdings – unabhängig vom System der internen Verteilung, also dem Anspruch auf Sozialismus – zum Scheitern verurteilt.“

Meine Fragen der Reihe nach: Hat die Monarchie nicht etwa 1918 ihr Ende gefunden und der Kommunismus nicht frühestens 1945 angefan-

gen? Gab es dazwischen keine kriegsbedingte Industrialisierung, sowohl in Ungarn, wie auch anderswo? Haben die Kommunisten in den entwickelten Industrieländern – in Böhmen gab es auch eine Kriegskonjunktur! – etwa eine andere Politik verfolgt? Warum ist hier von kommunistischen Eliten die Rede? Gab es deren mehrere, und haben sie auch unterschiedliche politische Alternativen vertreten? War die Notwendigkeit eines „ökonomischen Nachholens“ ein speziell kommunistisches Anliegen? Hatten nicht sämtliche Parteien 1945 Nachholvorstellungen in ihrem Parteiprogramm verankert? Gingen die Kommunisten dann aber nicht ein bißchen weiter, als sie die ganze Breite der wirtschaftlichen Tätigkeitsformen ihren Kommandozentralen unterwarfen? Ist die Kennzeichnung des Kommunismus als „Projekt ökonomischer Modernisierung“ einerseits treffend, andererseits spezifisch genug für eine zeitgeschichtliche Analyse?

Die zitierte Passage ist vielleicht un-spezifisch – die Betrachtungsweise hat aber doch Methode. Die Autoren meinen, daß das kommunistische Experiment „innerhalb der bestehenden internationalen Arbeitsteilung“ geblieben wäre. Die mir bekannten wirtschaftsgeschichtlichen Standardwerke sprechen hingegen von einem durchdachten Versuch, nach 1945 ein zweites sowjetisches Weltwirtschaftssystem aufzubauen. Kapitalströme versiegten, Warenströme im Außenhandel wurden nach Osten umgeleitet. Statt westliche Wachstumsmuster zu kopieren, erreichte man

nämlich wesentlich höhere Wachstumsraten als im Westen – durch ausschließliche Konzentrierung der Investitionen in den kriegswirtschaftlich relevanten Wirtschaftszweigen. Das war es nämlich, was sowohl die Schaffung eines Ersatzweltmarktes als auch die forcierte Industrialisierung begründete: die Vorbereitung auf den Dritten Weltkrieg. Diese Forcierung beschränkte sich nicht auf „Staatsnachfrage und Staatsinterventionismus“, sondern sie hob vielmehr den Rentabilitätswang der Wirtschaftseinheiten auf und schuf anstelle des Privateigentums das Staatseigentum.

Die Interpretationen des Autorenkollektivs haben System und wollen selbst gedeutet werden: Herunterspielung der Unterschiede der Wirtschaftssysteme, die Verleugnung der Absonderung des sozialistischen Weltmarktes und damit der Eigenverantwortlichkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems (der Sozialismus war nicht schlecht, nur eben vom Weltwährungsfond überlistet?), die glatte Unterschlagung der aus heutiger Sicht unerträglichen Motivierung des gigantischen Experiments, der allseitigen Machtexpansion auch um den Preis eines möglichen Weltkrieges. All dies kann nur die Funktion haben, Raum zu schaffen für die Annahme der Möglichkeit eines wirklichen, erneuerten, verbesserten, aufgemöbelten Sozialismus.

Diese wäre an sich – als Orientierungspunkt einer politischen Analyse, ohne die Tarnung als zeitgeschichtliche Studie – nicht zu beanstanden. Aber

müßte man diese Position nicht offen darlegen und klar formulieren, schon allein um einen aufklärerisch-linken Ethnozentrismus zu vermeiden? Diesbezügliche Klarstellungen wären besonders notwendig, denn die Wertvorstellungen und Tatsachenschilderungen der „Eingeborenen“ kollidieren laufend frontal mit der Sichtweise des Autorenkollektivs. Hätte sich das Autorenkollektiv diesen Fragen gestellt, so hätte es sich wenigstens in Stichworten dazu äußern müssen, wie es ohne ein auf Privateigentum basierendes Wirtschaftssystem gehen soll, welche Alternative es etwa zur Einführung der Marktwirtschaft in Ungarn gibt. Auf alle Fälle hätte man auf gewagte Feststellungen verzichten können, etwa daß „Ungarn als erstes Land des Ostblocks in die Schuldenfalle getappt“ sei und infolgedessen auch „Dynamik und Art und Weise der ungarischen Reform“ vom „Internationalen Währungsfonds, dem Weißen Haus und der Bonner Regierung“ bestimmt worden sei.

Aus persönlicher Erfahrung kann ich nur beteuern, daß eine Reihe von führenden ungarischen „Reformökonomern“ und Ministerialbeamten sich dieser Fernsteuerung durch IMF, Washington und Bonn nicht bewußt waren und diese auch rückblickend abstreiten würden. Dies ist natürlich kein Gegenbeweis, eben nur die Sichtweise der „Eingeborenen“.

Es wäre aber auch daran zu erinnern, daß es zweierlei Kreditgeber gab. Die als „Privatsphäre“ bezeichneten Kreditgeber waren nur an der Sicherheit

ihrer Kredite interessiert. Dementsprechend begrüßten die Börsen und die „Financial Times“ jeden harten Kurs, der Rückzahlung versprach – unter anderem auch das Kriegerrecht in Polen! Die staatlichen und staatsabhängigen Kreditgeber kamen aber vor allem aus Westeuropa – nicht aus den USA! – und vergaben aus Steuergeldern subventionierte Billigkredite mit Regierungsgarantien. Diese Kredite flauten zwar zur Zeit der ersten Empörung über die sowjetische Aggression in Afghanistan 1981–1982 etwas ab, danach flossen sie aber – in vermindertem Umfang und zu schlechteren Konditionen – bis zum Ende des Kommunismus weiter. Kann diese Praxis der Kreditgewährung der Demontage der kommunistischen Herrschaft gedient haben?

Eine gängige Interpretation besagt, daß durch diese Kredite die westeuropäischen Großunternehmen im High-Tech-Bereich und in rüstungsrelevanten Wirtschaftszweigen auf dem östlichen Markt jenen Absatz wiederzugewinnen versuchten, den sie am Weltmarkt verloren hatten. Längerfristig hätte sich dieser Technologietransfer nach Osten in die machtpolitischen Bestrebungen einiger westeuropäischer Parteien gefügt, die amerikanische Dominanz zu schwächen.

Eine alternative Erklärung betont die hinzugewonnenen wirtschaftlichen Freiheiten der kleinen RGW-Staaten gegenüber der Sowjetunion und damit die Auflockerungsfunktion der Kreditgewährung. Es bleibt aber hierzulande auch unvergessen, daß die westeuropäi-

schen Kreditgeber keine sichtbaren Anstrengungen unternahmen, wirtschaftliche Vergünstigungen mit Menschenrechtsfragen zu verkoppeln. Die von den ostmitteleuropäischen Regierungen gewährten Freiheiten können keineswegs als die Auslöser eines innenpolitischen Liberalismus interpretiert werden.

Gemeinsamer Punkt aller Erklärungsversuche ist vielmehr, daß die westeuropäischen staatlichen Kredite für die ostmitteleuropäischen Kleinstaaten – wenn auch nur mittelfristig – eine systemstabilisierende Funktion hatten.

Es ist eine andere Frage, wie sich die Verschuldung auf die politischen Entscheidungen der betroffenen Länder auswirkte. Für Ungarn kann vielleicht behauptet werden, daß man sich in der ersten Reformphase 1966–71 von kurzfristigen Privatkrediten eine Verringerung der Schuldenlast erhoffte, dies war aber keineswegs die einzige und ausschlaggebende Überlegung. In den 70er Jahren wurden die billigen staatlich garantierten „ostpolitischen“ Kredite uneingestanden aber bewußt als Alternative zur Wirtschaftsreform eingesetzt. Die weiter gestiegene Verschuldung 1989–90 war zum großen Teil schon eine Konsequenz der Entscheidung für die Reisefreiheit und damit eines Vorspiels des Systemwechsels. Obwohl der Weltwährungsfond in diesen Jahren konkrete Ziele als Vorbedingungen der weiteren Kredite vorgeschrieben hat, kann ich die institutionellen Veränderungen dieser Jahre beim besten Willen nicht auf

„IMF, Bonner Regierung und Weißes Haus“ zurückführen.

Einer Meinung bin ich mit dem Autorenkollektiv des nunmehr als politische Analyse betrachteten Beitrages, was die Notwendigkeit der planmäßigen Einführung der Marktwirtschaft betrifft. Schade, daß ich unter Planmäßigkeit etwas grundsätzlich anderes verstehe. Gelobt wird nämlich wegen seiner planmäßigen Vorgangsweise bei Regulierungen der ungarischen Ministerpräsident Jozsef Antall. Freilich, die Antall-Regierung ist, was die Schaffung allgemeiner rechtlicher Regelwerke betrifft, weit hinter ihrem eigenen Zeitplan geblieben, und unklare Rechtsverhältnisse sind natürlich Gift für die Wirtschaft. Dafür hat sie eine Rezentralisierung wichtiger wirtschaftlicher Kompetenzen und eine recht aggressive Personalpolitik betrieben. Gelassenere Seelen haben letztere anlässlich der neuesten Runde der Postenverteilungen mit dem Witz quittiert: „Nanu, sind ihnen schon die Verwandten ausgegangen, daß man jetzt auch die Antall-Nachbarn an die Reihe nimmt?“

Während also das Autorenkollektiv gerade den skandalträchtigsten Aspekt der neuen Regierung – nämlich die Herrschaftsabsicherung inmitten institutioneller Veränderung durch besonders vertraute und bevollmächtigte Kommissare vor Ort – für einen „planmäßigen“ Umbau von Institutionen hält, stelle ich mir die Einführung der Marktwirtschaft noch immer als Schaffung wirtschaftlich relevanter, rechtlicher Regelwerke vor.

All diese Spitzfindigkeiten sind aber

nach Meinung der Autoren ohnehin vergebens. Da nämlich die Einführung der Marktwirtschaft eine Fehlplanung sei, könne sich die Einführung der Demokratie in Ungarn gar nicht bewähren. Ungarn gehe den Weg der Türkei und nicht den Österreichs.

Besonders große Bedenken habe ich gegen die uns zgedachte Form des Untergangs im Chaos von Rassismus und Nationalismus. Es geht mir nicht darum zu behaupten, es gäbe keine solchen Gefahren, aber wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen um sich werfen. Denn sowohl die Entgleisungen in diese Richtung als auch das soziale Klima scheinen mir in dieser Hinsicht in Ungarn erträglicher als in Österreich oder in Deutschland. Ich würde also nochmals prüfen, ob es in Ungarn tatsächlich einen „außerparlamentarischen, nationalistischen und rassistischen Druck“ auf Parlament und Regierung gibt, wie ihn das Autorenkollektiv behauptet. Wer aber sind die rassistischen Außerparlamentarier? Wir alle? Das Volk? Die nicht-jüdischen und nicht-zigeunerischen Eliten? Die Proletarier? Die Wähler? Oder die Nicht-Wähler?

Wenn überall Nationalisten lauern, kann man überhaupt eine konkrete nationalistische Person, Gruppe, Partei oder Strömung ausmachen, mit der man sich politisch auseinandersetzen könnte? Oder ist die politische Auseinandersetzung ohnehin nur eine elitäre Spielerei, weil „der Grad von Nationalismus und Rassismus in der ungarischen Gesellschaft (...) schlußendlich

(...) davon abhängen wird, wie der Westen mit den Fragen Entschuldung und Investment umgeht“? Ist alles wirklich so herrlich einfach?